

Welt-Preise für drei MV-Projekte

Studenten und Bürger aus Wismar, Rostock und Greifswald geehrt

Güstrow. Der ökumenische Eine-Welt-Förderpreis MV ist am Montag in Güstrow an drei Preisträger aus Wismar, Rostock und Greifswald verliehen worden. Der mit 2000 Euro dotierte Hauptpreis mit Wanderpokal ging an ein gemeinsames Projekt von Studenten aus Wismar und Südafrika, das mit nachhaltigen und kostengünstigen Methoden den Eigenbau gemeinschaftlich oder geschäftlich nutzbarer Gebäude ermöglicht, teilte der evangelische Kirchenkreis mit.

Den mit 1500 Euro verbundenen zweiten Förderpreis bekam der „Freundeskreis Flüchtlinge“ der evangelischen Kirchengemeinde Biestow in Rostock. Den dritten Preis mit 1000 Euro teilen sich das Caritas-Quartiersbüro Schönwalde II in Greifswald und der Verein „Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit MV“ in Rostock.

Die Auszeichnung fand im Güstrower Schloss anlässlich der Eröffnung der landesweiten Veranstaltungsreihe „Welt-Wechsel-Tage 2018“ in MV statt. Die evangelische und die katholische Kirche in MV vergaben die Auszeichnung zum dritten Mal.



Brückenschlag nach Usedom – Akten einsehbar

Die Planung für eine neue Brücke vom Festland auf die Insel Usedom ist in eine entscheidende Phase getreten. Am Montag startete die öffentliche Beteiligung im Planfeststellungsverfahren für das rund 94 Millionen Euro teure Bauwerk, das an Wolgast vorbei auf die Insel Usedom führen soll. Bürger, Verbände und

Träger öffentlicher Belange können vier Wochen lang die Unterlagen einsehen und ihre Einwände und Stellungnahmen abgeben. Kern des rund 6,5 Kilometer langen Bauwerks ist eine Brücke, die in 42 Meter Höhe über den Peenestrom führt. Die Querung ist damit genauso hoch wie die Rügenbrücke. FOTO: DPA

IN KÜRZE

A 19: Neuer Rastplatz nahe Linstow entsteht

Linstow. An der Autobahn 19 nahe Linstow (Landkreis Rostock) soll ein neuer Rastplatz gebaut werden. Die Bauarbeiten für den Platz „Kiether Berg“ werden in diesen Tagen beginnen und etwa ein Jahr in Anspruch nehmen, teilte das Verkehrsministerium in Schwerin am Montag mit. Für etwa vier Millionen Euro sollen in jeder Fahrtrichtung Stellplätze für Autos und Lkw sowie Sanitäranlagen entstehen. Die Kosten übernehme der Bund.

Drese gratuliert „Selbsthilfe MV“

Rostock. Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) hat den 25. Geburtstag der Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranken, „Selbsthilfe MV“, als stolzes Jubiläum gewürdigt. Das hauptsächlich ehrenamtlich getragene Engagement sei beeindruckend und für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft von enormer Bedeutung, sagte Drese am Montag. Landesweit seien etwa 15 000 Menschen in dem Verband organisiert.

Polizei warnt vor Wildwechsel

Ludwigslust-Parchim. Autofahrer sollten sich derzeit verstärkt vor Wildwechsel in Acht nehmen. Durch die Zeitumstellung ist laut der Polizei bereits in den späten Nachmittagsstunden vermehrt mit Wild zu rechnen. Viele Tiere würden sich zu dieser Zeit auf Futtersuche begeben und dafür auch stark befahrene Straßen wie Autobahnen überqueren, hieß es. Die Gewohnheiten der Tiere hätten sich aufgrund der Zeitumstellung nicht verändert.

Buslinie nach Stettin nimmt Betrieb auf

Ueckermünde/Stettin. Nach vier Monaten Zwangspause wird es ab 1. November wieder eine direkte Busverbindung zwischen dem polnischen Stettin und dem Seebad Ueckermünde (Vorpommern-Greifswald) geben. „Wir freuen uns sehr, dass wir den Direktverkehr wieder aufnehmen können“, erklärte der Geschäftsführer der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH (VVG) Dirk Zabel. Die Genehmigung des Landesamtes laufe bis September 2023.

Bahn informiert über Fahrplanänderungen

Rostock. Die Deutsche Bahn will heute über Fahrplanänderungen und Bauarbeiten an ihrem Streckennetz im Jahr 2019 informieren. Zudem will das Unternehmen Bilanz ziehen über die laufenden Bauvorhaben. So blieb etwa die Strecke zwischen Schwerin und Bad Kleinen monatelang gesperrt, weil die Stellwerkstechnik erneuert wurde. Der Umbau des Bahnhofs Bad Kleinen ist noch nicht abgeschlossen. In Warnemünde hat der Umbau des Bahnhofs und der Gleisanlagen gerade begonnen.

Wirtschaft warnt vor „Studium light“

Ministerin Hesse will Qualitätshürde aus Gesetz streichen, Kritiker warnen vor gravierenden Folgen

Von Frank Pubantz

Schwerin. Wird der Ruf von Absolventen der Hochschulen im Land künftig schlechter sein als der aus anderen Bundesländern? Das befürchten Kritiker einer geplanten Änderung des Landeshochschulgesetzes. Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) plant eine Streichung von Qualitätshürden im Gesetz. Grund für das Ausschere: MV will neben dem Master- auch den Diplom-Titel als Abschluss beibehalten, was die anderen 15 Bundesländer jedoch ablehnen. Wirtschaft und Gewerkschaften warnen jetzt vor einem „Studium light“ und gravierenden Nachteilen auch für die Studenten.

Studiengänge an Hochschulen müssen sich derzeit einer sogenannten Akkreditierung unterziehen, einer Überprüfung vereinbarter Qualitätskriterien. Festgelegt ist die Pflicht im Hochschulgesetz MV. Scharfer Protest kommt aus der Wirtschaft. Die Akkreditierung von Studiengängen sei „eine der großen hochschulpolitischen Errungenschaften der letzten Jahre“, erklärt Ute Messmann, Geschäftsführerin der Vereinigung der Unternehmensverbände MV (VUMV). Sie

fördere Transparenz und sei Voraussetzung für die Mobilität der Studierenden. Die Vereinigung lehne „jede Form der Aufweichung“ ab, so Messmann. „Die Qualität des Hochschulstandortes MV wird damit in Frage gestellt.“ Leidtragende wären die Studenten und der Wirtschaftsstandort.

Das sehen andere Kritiker ähnlich. Beispiel: Will ein Bachelor-Absolvent zum Master-Studium in ein anderes Bundesland wechseln, könnte es Probleme geben, weil die MV-Standards nicht anerkannt seien. „Dann kommen womöglich nur die Studenten hierher, die es woanders gar nicht schaffen“, so ein Experte.

Auch Uwe Polkaehn, Chef des DGB Nord, warnt: „Die Folgen einer Insellösung für MV wären fatal.“ Setzt das Land den Gesetzentwurf um, „erschwert dieses Bundesland seinen Studierenden die Mobilität innerhalb Deutschlands und Europas“. Außerdem würden so Studenten aus dem Ausland und anderen Bundesländern abgeschreckt. Denn es käme „zu weitreichenden Problemen bei der Anerkennung von Studienleistungen und potenziell auch von Abschlüssen“, so Polkaehn. Besorgt ist auch Karsten Kol-

be, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag: „Landespolitische Alleingänge dürfen nicht dazu führen, dass Abschlüsse ‚Made in MV‘ weniger wert sind oder von anderen Hochschulen nicht anerkannt werden.“

Das Bildungsministerium weist Kritik zurück. Ja, um den Titel „Diplom-Ingenieur“ zu retten, sei eine

Änderung am Gesetz nötig, so Sprecher Henning Lipski. Blicke die Pflicht im Landesgesetz, müssten Hochschulen beides – Diplom und Master – akkreditieren lassen. Man wolle „langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen“ vermeiden. „Einen Qualitätsverlust erwarten wir nicht“, so Lipski. Er verweist auf einen Staatsvertrag zum Thema,

den auch MV ratifiziert hat. Ob künftig eine Akkreditierung erfolgt, „ist zukünftig den Hochschulen überlassen“.

Zweifel bleiben. So ganz sicher ist man sich auch nicht bei der Kultusministerkonferenz in Berlin. Es sei „davon auszugehen“, dass eine Streichung im MV-Gesetz „nichts ändert“, so Sprecher Torsten Heil. Allerdings könne man konkrete Auswirkungen erst nach Änderung des Gesetzes bewerten.

Auch bei der Hochschulrektorenkonferenz, der auch Rektoren von Hochschulen aus MV angehören, sieht man derzeit keinen Grund zur Sorge: Nach aktuellem Gesetzentwurf verpflichte MV seine Hochschulen, alle sieben Jahre die Qualität extern bewerten zu lassen und Ergebnisse zu veröffentlichen. „Damit haben die Hochschulen dieselben Kriterien anzuwenden und einzuhalten wie die Hochschulen in den anderen Bundesländern“, so Präsident Prof. Peter-André Alt. „Insofern deutet sich im Moment nicht an, dass das Gesetz Anerkennungsprobleme verursachen wird.“ Das ist Kritikern zu wenig. Ihre Sorge: Wenn sich rumspreche, dass MV bei Hochschulbildung aussichert, wäre der Ruf bald ruiniert.



„Die Qualität des Hochschulstandortes MV wird damit in Frage gestellt.“

Ute Messmann
Chefin VUMV



„Die Folgen einer Insellösung für Mecklenburg-Vorpommern wären fatal.“

Uwe Polkaehn
Vorsitzender DGB Nord

236 Polizeistellen in MV derzeit unbesetzt

Schwerin. Krank, von Überstunden geplagt oder gar nicht erst da: Die Lage der Beamten bei der Landespolizei bleibt angespannt. Von den rund 5900 Stellen, die es MV weit gibt, seien 236 derzeit unbesetzt, teilt das Innenministerium auf eine Anfrage der AfD im Landtag mit. Zum Vergleich: Im Vorjahr seien es 133 unbesetzte Stellen gewesen. Hoch ist nach wie vor der Krankenstand bei der Polizei. Etwa zehn Prozent der Beamten fehlten 2017, statistisch betrachtet, jeden Tag wegen Krankheit im Dienst. Den höchsten Krankenstand hatte laut Ministerium die Polizeiinspektion Wismar – knapp 13 Prozent. Auch die Überstunden sind weiter ein Problem. Landesweit seien im Vorjahr insgesamt 127 590 aufgelaufen.



Nikolaus Kramer, AfD-Fraktionschef FOTO: DPA

AfD-Fraktionschef Nikolaus Kramer, selbst Polizist, schlägt Alarm. Die unbesetzten Stellen und der Krankenstand seien Warnsignale. Kramer hatte gerade im Landtag kritisiert, dass der „Pakt für Sicherheit“ der Landesregierung (400 neue Stellen) nicht ausreiche, vor allem wegen Kündigungen und bevorstehenden Pensionierungen. „Wir brauchen jetzt ein schlüssiges Konzept zur mittelfristigen Gewinnbelastbarer Polizeikräfte“, so Kramer.

Innenminister Lorenz Caffier (CDU) geht davon aus, dass bis 2021 rund 1400 neue Polizisten ausgebildet werden müssen. Bei den 236 unbesetzten Stellen im Land seien 150 neu beschlossene Stellen bereits eingerechnet.

Frank Pubantz

Urteile gegen Drogenbande

Insgesamt 15 Mitglieder hatten zwischen 2010 und 2015 in Westmecklenburg Plantagen angebaut

Schwerin. Wegen jahrelangen Drogenanbaus in Mecklenburg sind zwei 44-jährige Männer am Montag in Schwerin zu zwei Jahren beziehungsweise zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden. Die zweijährige Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Die beiden waren die Hauptangeklagten in einem Prozess gegen insgesamt 15 Männer und Frauen. Sie hatten in den Jahren 2010 bis 2015 in Westmecklenburg sechs Cannabis-Plantagen aufgebaut und das Marihuana verkauft.

Acht weitere Angeklagte im Alter zwischen 32 und 67 Jahren wurden als Mittäter verurteilt. Sie erhielten Bewährungsstrafen zwischen sechs Monaten und ein Jahr. Der Prozess wird am kommenden Montag fortgeführt, da fünf Angeklagte – im Gegensatz zu den meisten jetzt Verurteilten – keine Geständnisse abgelegt haben. Neun der zehn Verurteilten

hatten die Taten vor Gericht gestanden. Vorher war ihnen nach einer Absprache zwischen dem Gericht, der Staatsanwaltschaft und den

Verteidigern jeweils eine Strafobergrenze zugesichert worden. Ein Angeklagter widersprach kurz vor Ende des Prozesses dieser Vereinba-

rung und stritt ab, an den Taten beteiligt gewesen zu sein. Sein Verteidiger forderte einen Freispruch – erfolglos.

Die beiden Haupttäter hatten zwischen 2010 und 2015 mit jeweils unterschiedlichen Komplizen und zeitlich versetzt in den westmecklenburgischen Orten Tarzow, Zickhusen, Friedrichshof, Vorwerk auf Poel, Bandenitz und Neuohf Cannabis-Plantagen aufgebaut. Die Pflanzen wurden etwa in einer alten Scheune, im Keller eines sanierungsbedürftigen Hauses und in einem leerstehenden Einfamilienhaus am Rand eines Dorfes gezüchtet. Einem der Haupttäter konnten Einnahmen in Höhe von knapp 45 000 Euro nachgewiesen werden. Den Betrag muss er zusätzlich an die Staatskasse abführen.

Nach halbjährigen verdeckten Ermittlungen verhaftete die Polizei im September 2015 einen Großteil der Angeklagten. I. Leithold



Die Hauptangeklagten Karsten G. (2. v. l.) und Michael D. (Blatt vor dem Gesicht) im Gerichtssaal FOTO: CORNELIUS KETTLER